



Karin Evers-Meyer
Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordnete des Wahlkreises
Friesland-Wilhelmshaven

DGB-Chef besucht MdB Karin Evers-Meyer Hartz IV Reform stand im Vordergrund des Gesprächs

Wilhelmshaven, 23. Februar 2010 – Zu einem Gespräch über notwendige Änderungen am Hartz-IV-Gesetz trafen sich die Bundestagsabgeordnete Karin Evers-Meyer und der DGB-Regionsvorsitzende für den Bereich Ostfriesland/Nördliches Emsland Markus Paschke.

Markus Paschke wies darauf hin, dass neben der Frage der Regelsätze auch eine Entscheidung über die Zukunft der seit Jahren umstrittenen Jobcenter anstehe. „Wir als DGB gehen davon aus, dass sich in Niedersachsen viele Kommunen darum bemühen werden, die Aufgabe der Betreuung von Arbeitslosen allein in die Hand zu nehmen, obwohl nach der Evaluationsstudie des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) die Argon wesentlich kostengünstiger und erfolgreicher arbeiten“, so Paschke. Er selbst stehe diesem Modell der so genannten Optionskommune kritisch gegenüber. Paschke: „Wir befürchten, dass sich Arbeitsagenturen dann aus der Fläche zurückziehen würden, was dann auch die Standorte in Wilhelmshaven, Leer, Emden sowie viele Geschäftsstellen, darunter die in Wittmund, betreffen würde.“ „Der DGB fordert, dass die Bundesregierung sich nicht aus der Verantwortung für die Arbeitsmarktpolitik verabschieden darf und dass die Betroffenen Leistungen ganzheitlich und aus einer Hand bekommen“, so der Regionsvorsitzende weiter.

Evers-Meyer kündigte an, diese Bedenken des DGB im Rahmen der jetzt anstehenden Auseinandersetzungen mit der schwarz-gelben Bundesregierung vorzutragen und entsprechende Gespräche auch mit den Verantwortlichen in den Kommunen hier vor Ort zu führen. „Richtig ist, was den Betroffenen am besten hilft. Was das ist, da gehen die Meinungen derzeit noch auseinander, aber wir werden das aufklären“, so Evers-Meyer.

Hintergrund: Seit der Hartz IV-Reform arbeiten die Sozialämter und die Arbeitsagentur bei der Grundsicherung und der Arbeitsvermittlung in so genannte Arbeitsgemeinschaften zusammen. Derzeit gibt es in Deutschland 353 Argon, in denen sich 55.000 Mitarbeiter um 5,2 Millionen Arbeitssuchende kümmern. Daneben existieren in 69 Kreisen und Gemeinden so genannte Optionsmodelle, in denen die Kommune die alleinige Verantwortung hat. Eine Reform ist notwendig, weil das Bundesverfassungsgericht die Zusammenarbeit von Bundesagentur für Arbeit und Kommunen in den Jobcentern im Dezember 2007 für unzulässig erklärt hat. Das Gericht setzte dem Gesetzgeber eine Frist bis Ende 2010, um den Missstand zu beheben.

P
R
E
S
S
E
M
I
T
T
E
I
L
U
N
G



Karin Evers-Meyer
Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordnete des Wahlkreises
Friesland-Wilhelmshaven



Karin Evers-Meyer (MdB) und Markus Paschke (DGB-Regionvorsitzender für den Bereich Ostfriesland/Nördliches Emsland) im Gespräch.

P
R
E
S
S
E
M
I
T
T
E
I
L
U
N
G